

# Frieden rückt in weite Ferne

## Auswirkungen der politischen Krise auf die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und NDF

**Die politische Situation ist in den letzten Monaten noch schlechter geworden. Erschießungen politischer Aktivisten fanden weiterhin ohne Bestrafung statt. Mehr und mehr Journalisten und Medienleute wurden belästigt.**

**Sulong CARHRIHL**

Zwar wurde der nationale Notstand am 3. März nach einer Woche aufgehoben, die philippinische Armee und die Nationalpolizei (PNP) jedoch weiterhin ermutigt, Gewalt anzuwenden. Sie verfügen nun über umfassende Berechtigungen, zu tun was notwendig ist, um die kommunistischen Rebellen zu bekämpfen. Besorgniserregend ist, dass weder Menschenrechte noch internationales humanitäres Recht Teil des Diskurses und der Interventionen sind, die aus der derzeitigen nationalen Krise hervorgegangen sind.

Von mutwilliger Respektlosigkeit zu sprechen wäre zutreffender: Das Joint Agreement on *Safety and Immunity Guarantee* (JASIG) liegt in Fetzen. Es wurde im letzten Jahr nicht nur ausgesetzt, sondern wird nun dazu verwandt, Haftbefehle gegen Leute auszusprechen, denen vorgeworfen wird, in den angeblichen Putschversuchen Ende Februar 2006 verwickelt gewesen zu sein.

### Keine Immunität

Die Liste von »Führungspersönlichkeiten und Förderern von Rebellion und Aufstand«, die von dem Superintendenten Rodolfo Mendoza an das Justizministerium übergeben wurde, war der JASIG Liste, die *National Democratic Front* (NDF) Mitarbeitern aufführt, denen Immunitätsgarantien zugestanden worden waren, direkt entnommen.

Unter Nummer 50 finden sich in der Liste des Justizministeriums »Andere, deren wahre Namen, Verbindungen, Aliasse sowie jeder

andere Name, der in der beigefügten JASIG Liste zu finden ist«. Nummer 51 bezeichnet unterdessen »verschiedene andere ›Peter und Lieschen Müllers‹«, die einfach nur als »Mitglieder der kommunistischen Partei (CPP), *New People's Army* (NPA) oder NDF« beschrieben sind. In der oberen Hälfte der Liste fanden sich der Sprecher der kommunistischen Partei Ka Gregorio Rosal und andere angebliche Führungspersönlichkeiten der Kommunisten sowie die sechs Kongressabgeordneten der Parteilisten *Bayan Muna*, *Anakpawis* und *Gabriela*, welche die Regierung nun anscheinend verbieten lassen möchte.

Um weiter über alle Mechanismen zu trampeln, die in Jahren mühsamster Arbeit und politischer Verhandlungen geschaffen wurden, waren die Haftbefehle über das Büro des *Joint Monitoring Committee*



Juni 2004: Die Friedensbeobachter von Regierung und NDF schütteln sich die Hände im Beisein des norwegischen und niederländischen Botschafters und dem *Bayan Muna* Kongressabgeordneten Satur Ocampo.

Quelle: [www.geocities.com/arkbyn/](http://www.geocities.com/arkbyn/)

(JMC) in Cubao bekanntgemacht worden. Einzige Ausnahmen waren hier die Haftbefehle der Kongressabgeordneten, deren Adressen bekannt waren, und Ka Roger und angebliche Mitglieder des Zentralkomitees der CPP, die bekanntermaßen keinen festen Wohnort haben.

Das Büro in Cubao wird von den Beobachtungskomitees der Regierung und der NDF geteilt. Der Unterhalt des Büros wird von Norwegen finanziert, das als internationaler Vermittler der Friedensgespräche zwischen NDF und Regierung fungiert. Die Rolle des JMC ist es, Verletzungen von Abkommen zu untersuchen und das *Comprehensive Agreement on Respect for Human Rights and International Humanitarian Law* (CARHRIHL), das von den beiden Parteien 1998 unterzeichnet wurde, umzusetzen. Ironischerweise wird es nun als Postadresse für Maßnahmen benutzt, die gegen seine Funktion und den Friedensprozess laufen.

#### Frieden unattraktiv?

Was die kommunistische Rebellion betrifft, so scheint sie kein bisschen eher bereit zu sein, ihr strategisches Ziel der gewaltsamen Machtergreifung gegen ein pluralistischeres und gewaltfreies Ziel, wie es zum Beispiel die separatistische ETA im Baskenland getan hat, einzutauschen. Andererseits ist ein solcher Wandel in einer Situation unattraktiv, in der die Regierung legale und unbewaffnete Nationaldemokraten aus dem politischen Mainstream zurück in den Untergrund drängt: Sie werden einfach erschossen und ermordet.

Die Friedensgespräche sind vor die Hunde gegangen – vor bellende Hunde. Was bleibt nun also von den politischen Verhandlungen zwischen der Regierung und der NDF und dem Friedensprozess? Nicht viel, außer der unausweichlichen Tatsache, dass der gewaltsame Konflikt niemals von einer siegreichen Partei gewonnen werden kann. Mit steigenden Kosten des Konfliktes können wir die Protagonisten wieder am Verhandlungstisch empfangen – hoffentlich sind sie dann schlauer und ernsthafter. In der Zwischenzeit befürchtet die Bevölkerung, dass der Konflikt vor ihren Türen ausgeübt und sie aus ihren Häusern verdrängt und in ein weiteres Jahrzehnt des verschleppten Konfliktes gezogen werden, in dem sie schlichtweg »Kollateralschäden« sind.

#### Ausblick

Da beide Parteien das CARHRIHL Abkommen noch nicht verworfen haben, sollte es weiterhin die Grundlage für die Kriegsführung darstellen und Verantwortlichkeit schaffen. Es sollte ein Mechanismus bleiben, der Grundrechte sichert und schützt, wobei

sein Erfolg mit dem Druck, der auf die Konfliktparteien ausgeübt wird, zusammenhängt. Manche von uns rufen dringend zur Lösung der derzeitigen nationalen politischen Krise auf. Andere konzentrieren sich auf ihre Vermittlungs- und entwicklungspolitische Arbeit in lokalen Gemeinden. Weiterhin wird der Dialog über lebensnotwendige Fragen auf Gemeindeebene gefördert. Bildungsarbeit über den Friedensprozess wird ebenso in das Bildungssystem integriert – vor allem auf informelle Weise.

Wieder andere gehen auf die Straße um gegen die Verletzung unserer zivilen und politischen Rechte zu demonstrieren. Wir werden weiterhin Brücken zwischen unterschiedlichen Sektoren und Gruppen bauen und verschiedene umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Belange berücksichtigen, um einen national tragfähigen Friedensprozess zu schaffen.

Der Artikel erschien im März 2006 im Sulong CARHRIHL Newsletter und wurde von Philipp Bück aus dem Englischen übersetzt.

#### Sulong CARHRIHL

Sulong CARHRIHL ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, das aufgebaut wurde um das *Comprehensive Agreement on the Respect for Human Rights and International Humanitarian Law* (CARHRIHL) zwischen der Regierung und der NDF zu beobachten.

Es traf im Oktober 2004 zum ersten Mal zusammen und nahm im Februar 2005 seine Arbeit auf. Seine Ziele sind, die Belange der vom Konflikt betroffenen Gemeinden in den Friedensprozess einzubringen, und diesen durch konstruktiven Dialog zwischen den Konfliktparteien zu unterstützen und zu fördern.

Das Netzwerk fordert die Unterstützung und Beobachtung des CARHRIHL Abkommens, die Beendigung aller militärischer Offensiven, die Rückkehr an den Verhandlungstisch um ein gerechtes und friedliches Abkommen über den Konflikt zu treffen sowie Respekt und die Unterstützung lokaler Friedensarbeit.